

Hilfen für Menschen und Kommunen

Diskutiert wurde es schon seit einigen Wochen – jetzt ist es beschlossen, das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren; damit entlasten wir Länder und Kommunen finanziell.

- Wir konnten als SPD durchsetzen, dass nur bei vertretbarem Verwaltungsaufwand das Sachleistungsprinzip Anwendung findet. Darüber entscheiden die Bundesländer selbst.
- Menschen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, aber sich weiterhin in Deutschland aufhalten, erhalten nur noch geringere Leistungen zur Deckung des Bedarfs an Ernährung, Unterkunft einschließlich Heizung, Körper- sowie Gesundheitspflege.
- Bundesländer sind nicht mehr verpflichtet, Asylbewerber für die ersten sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen, wenn es keine ausreichenden Kapazitäten gibt.
- Die Union war nicht zu Änderungen bereit, so dass der Abschiebetermin den vollziehbar Ausreisepflichtigen nicht mitgeteilt werden darf. Für Niedersachsen hat Innenminister Boris Pistorius klar gemacht, das bei Familien oder alleinerziehenden Elternteilen mit schulpflichtigen Kindern vorab ein in Aussicht genommenen Abschiebetermin mitgeteilt wird.
- Bei der Debatte um die Transitzone haben

CDU/CSU und SPD unterschiedliche Auffassungen deutlich gemacht. Transitzone kennt man von internationalen Flughäfen. Es ist der Bereich, der das Umsteigen zum Weiterflug in ein anderes Land ermöglicht, ohne dass man Zoll- oder Grenzkontrollen passieren muss. Das Flughafenverfahren soll nach dem Willen der CDU/CSU auch an den deutschen Landgrenzen realisiert werden. Wie dieses Verfahren allerdings in der Praxis umgesetzt werden soll ist ebenso unklar, genauso wie auch die grüne Grenze flächendeckend effizient überwacht werden soll. Die Diskussion läuft, entschieden ist noch nichts.

- Unabhängig von dieser Diskussion kommen weiterhin viele Menschen, die in Deutschland Schutz suchen. Deshalb sah sich das Land Niedersachsen gezwungen, die Kommunen um Amtshilfe zu bitten und in der kommenden Woche rund 4000 Flüchtlinge direkt aufzunehmen. Das Innenministerium hat einen Verteilschlüssel ermittelt, der gleichzeitig den Bevölkerungsanteil am Land berücksichtigt und zunächst die Landkreise ins Auge fasst, in denen es bis dahin keine Notunterkünfte oder Erstaufnahmeeinrichtungen gibt. Dadurch werden Delmenhorst und der Landkreis Wesermarsch 200 und der LK Oldenburg je 300 Menschen kurzfristig aufnehmen.

- Es ist eine große Herausforderungen für die Kommunen in so kurzer Zeit genügend Unterkünfte zu schaffen. Aber ohne diese Notmaßnahme, wären die neu ankommenden Menschen von Obdachlosigkeit bedroht. Das gilt es bei diesem Wetter zu verhindern!

In den nächsten Tagen werden die Kommunen unter Hochdruck die benötigten Kapazitäten schaffen. Leider wird es dadurch auch zu Einschränkungen bei Schulen oder bei Sportvereinen kommen, weil Hallen kurzfristig als Unterkünfte gebraucht werden. Schuldzuweisungen und politische Schaukämpfe sind derzeit nicht angebracht. Alle sind nun gefordert pragmatische Lösungen zu finden, um einerseits die Not der Flüchtenden schnell zu lindern und andererseits die Belastungen vor Ort möglichst gering zu halten. Die finanziellen Mittel aus dem schon beschlossenen Nachtragshaushalt des Landes Niedersachsen zur Unterstützung der Kommune werden im November fließen.

- Auf den griechischen Inseln Chios, Samos, Leros, Kos und Lesbos werden neue Aufnahmezentren aufgebaut, um die dort gestrandeten Menschen zu versorgen. Bisher haben nur Deutschland und Österreich in größerem Umfang den Aufbau unterstützt. Es ist an der Zeit, dass auch die anderen europäischen Staaten ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Das gilt auch und gerade für die osteuropäischen Staaten, die sich bisher der gesamteuropäische Solidarität entziehen wollen.
- Leider zeigte sich dieses Phänomen auch bei der Sitzung der Europäischen Staats- und Regierungschefs am 15. Oktober in Brüssel. Sie konnten sich nur allgemein darauf einigen, die Türkei stärker bei der Versorgung der zwei Millionen syrischen Flüchtlingen zu helfen, damit sich weniger Menschen auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Wieder gab es keine Einigung über eine feste Verteilungsquote von Flüchtlinge auf alle EU-Staaten.
- Wenn Sie selbst helfen wollen, können Sie sich in der landesweiten [Freiwilligenbörse](#) über Möglichkeiten in Ihrer der Nähe informieren.

Inzwischen gibt es eine ganze Reihe hilfreicher Informationen für Flüchtlinge, um sich in den ersten Wochen zurechtzufinden und das zu verstehen, was in unserer Kultur ganz anders ist als in den Ländern, aus denen die Menschen kommen. Hilfreich ist für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer der [Refugee Guide](#), den man sich in unterschiedlichen Sprachen herunterladen kann.

- Fakten und Argumente enthält eine aktuelle Broschüre von Pro Asyl, IG Metall und Amadeu Antonio Stiftung [„Pro Menschenrechte – Contra Vorurteile“](#). Darin werden viele Vorurteile gegen Flüchtlinge diskutiert und mit Fakten widerlegt. Die Broschüre eignet sich auch, um in Debatten in sozialen Medien zu bestehen.
- Das Grundgesetz, mit den Artikeln, die das Zusammenleben in unserem Land regeln, hat die SPD- Bundestagsfraktion in einer Ausgabe in arabischer Sprache herausgegeben. Wer diese Ausgabe verteilen oder für die Arbeit mit Flüchtlingen nutzen möchte, kann sich an das Wahlkreisbüro Susanne Mittag, MdB, wenden. Telefon: 04221/1521212 oder mail: susanne.mittag.ma03@bundestag.de
- [„Bloß weg... aber wohin? Wenn ein Mensch fliehen muss.“](#) Unter dieser Überschrift bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, einen eintägigen Workshop für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche ab der 8. Klasse und einem Mindestalter von 14. Jahren an. Der Workshop bietet Informationen über die Gründe, die Menschen zu einer oft lebensgefährlichen Flucht bewegen. Es wird über Fluchtwege diskutiert und darüber, was die Flüchtlinge erwartet, wenn sie ihr Ziel erreicht haben. Natürlich geht es in dem Workshop auch um die Frage, wie jeder und jede helfen und dazu beitragen kann, dass die Flüchtlingen sich in Niedersachsen eingewöhnen können. Der Workshop umfasst sechs Zeitstunden und kann bei Sophia Michaelis, Friedrich-Ebert-Stiftung Hannover, Telefon 0511/35770836 oder sophia.michaelis@fes.de gebucht werden